

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ich begrüße Euch zum 1. Mai. Dieser Tag ist unser Tag der Arbeit, unser Feiertag. Schön, dass heute mehr als 500.000 in Deutschland mitfeiern.

An diesem Tag erinnern wir an unsere Erfolge, an die Erfolge der arbeitenden Menschen, die wir gemeinsam dem Kapital und der Politik abgerungen haben.

Am 1. Mai vergegenwärtigen wir uns aber auch, dass wir nicht nachlassen dürfen im Kampf um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, um Arbeit, Gerechtigkeit und Menschenwürde, um Frieden und Freiheit, um Demokratie und Respekt.

An diesem Tag erheben wir besonders laut unsere Stimme gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Kriege und Militarisierung, gegen Rassismus und Faschismus.

Wir wollen in einer friedlichen Welt leben. Wir wollen, dass alle Menschen ein Leben in Würde und sozialer Sicherheit leben können. Niemand darf aufgrund irgendeines Merkmals davon ausgegrenzt werden.

Geschlecht, Alter, Religion, Herkunft – das dürfen nirgendwo Gründe sein, Menschen zu diskriminieren, sie in Menschen 1., 2. oder 3. Klasse aufzuspalten. Das ist Spaltung. Wir wollen Solidarität, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die Generationen vor uns haben diese industrielle Basis geschaffen. Unsere Universitäten und die duale Ausbildung tragen

in der Industrie und Dienstleistung immer noch dazu bei, dass Deutschland weiterhin Export-Land Nr. 1 in Europa bleibt.

Hinter all den Errungenschaften stehen Menschen.

Dahinter steht Eure Arbeit, Kolleginnen und Kollegen.

Auch das wollen wir an diesem 1. Mai herausstellen, daran wollen wir erinnern und das wollen wir feiern.

Darauf könnt Ihr mit Recht stolz sein.

Ob Ihr im Kindergarten den Nachwuchs fördert und betreut, ob Ihr bei Opel am Band Autos zusammenbaut, ob Ihr im Labor an neuen Technologien forscht, ob Ihr in Pflegeheimen alte Menschen pflegt. Was und wo auch immer Ihr arbeitet: Ihr seid diejenigen, die unseren Wohlstand erwirtschaften.

Das muss man den Kapitalisten immer wieder klar machen.

Und deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir das Recht, an diesem Wohlstand teilzuhaben.

Und wir haben alles Recht, dafür fair behandelt zu werden.

Wir brauchen den sozialen Aufbau statt Sozialabbau!

Darum geht es auch in den aktuellen Tarifrunden in der Metall- und Elektroindustrie, bei VW, in der chemischen Industrie, bei den Banken, der Telekom, im Kraftfahrzeuggewerbe.

Wir fordern Teilhabe an den Gewinnen.

Wir fordern Zukunftschancen und Perspektiven für die junge Generation.

Und wir fordern, den Missbrauch der Leiharbeit, wie auch anderer Formen prekärer Beschäftigung, zu stoppen.

Ja, wir verlangen eine Neuordnung des Arbeitsmarktes, eine soziale Neuordnung, die Schluss macht mit dem verrammten menschlicher Arbeitskraft.

Prekär ist unfair, prekär muss weg!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Ihr habt es mitbekommen: In der Metallindustrie haben wir mit Warnstreiks begonnen.

Am 28. April, null Uhr, war die Friedenspflicht abgelaufen.

Punkt null Uhr haben Beschäftigte in Nachtschichten den Riemen von der Orgel genommen und sind vor die Werkstore gezogen.

Ab morgen, Kolleginnen und Kollegen, da geht's dann richtig los.

Das sollen die Kapitalisten wissen.

Hunderttausendfach werden Metallerinnen und Metaller mit Warnstreiks Druck auf die Arbeitgeber machen.

Denn die Arbeitgeber haben die Wut und Empörung unserer Kolleginnen und Kollegen regelrecht provoziert.

Sie haben diesen Druck verdient.

Drei Prozent für 14 Monate haben sie angeboten. Das gleicht gerade mal aus, was Ihr mehr für Lebensmittel, Kleidung oder Sprit ausgeben müsst.

Und das nennen die Arbeitgeber dann auch noch fair. Manager und Vorstände bedienen sich kräftig selbst.



Aktionäre und Vorstände werden fürstlich bedient. Und die Beschäftigten sollen gerade mal einen Ausgleich für die Preissteigerungen bekommen,

Das ist weder ethisch noch moralisch zu vertreten!

Das ist alles andere als fair, Kolleginnen und Kollegen. Ihr habt den Karren aus der Krise gezogen, Und jetzt wollen Euch die Arbeitgeber nichts von ihren Gewinnen abgeben.

Von 52 Milliarden Bruttogewinn im letzten Jahr wollen sie fast alles behalten.

Das machen wir nicht mit

2,57 Prozent wollen sie aufs Jahr gerechnet abgeben.

Das ist Undank, das ist unfair, das ist unverschämt!

Da muss deutlich mehr auf den Tisch und in die Taschen.

Dafür kämpfen wir. Die IG Metall fordert 6,5 Prozent. Die Beschäftigten haben's verdient. 6,5 Prozent mehr, das ist fair.

Und was die Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Branchen und DGB-Gewerkschaften fordern, auch das ist fair und gerecht. Auch sie haben jede Unterstützung verdient.

Die Kolleginnen und Kollegen von Verdi haben in der Tarifauseinandersetzung im öffentlichen Dienst, in der Tarifrunde für die Beschäftigten beim Bund und bei den Kommunen vorgemacht, wie's geht:

Frühzeitiger und kräftiger Warnstreik hat eine Lösung gebracht.

Eine Lösung, die sich sehen lassen kann 6,3 Prozent verteilt auf drei Erhöhungsstufen in zwei Jahren.

Das bringt zusätzliche Kaufkraft in die Taschen.

Das war nur durch die großartige Mobilisierung von Anfang an möglich.

Das war vorbildlich, auch für die IG Metall. Wir werden diese Vorlage annehmen.

Sollten Warnstreiks nicht reichen, um zu einem zufriedenstellenden Ergebnis zu kommen, dann, Kolleginnen und Kollegen, versichere ich euch schon heute:

Die Metallerinnen und Metaller können auch Streiken! Auch hier in der Region.

Und auch die Kolleginnen und Kollegen der anderen Branchen und Gewerkschaften werden sich nicht mit Brotkrumen abspeisen lassen, die die Arbeitgeber von ihren reich gedeckten Tischen runterfallen lassen.

Wir verlangen ein großes Stück vom Kuchen. Wir wollen alle miteinander fair beteiligt werden. Wir müssen und wollen mehr für die Inlandsnachfrage tun.

Unsere Wirtschaft und der Aufschwung brauchen ein zweites Standbein neben dem Export.

Mehr Lohn und mehr Kaufkraft sind das richtige Rezept, um die Wirtschaft am laufen zu halten, um Beschäftigung zu sichern und zu schaffen, um die Umverteilung von unten nach oben ein Stück weit zu stoppen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

mehr Fairness beim Lohn, das ist das eine Ziel, mehr Fairness auf dem Arbeitsmarkt ist das andere Ziel, wofür wir miteinander kämpfen.

„Prekäre Republik Deutschland“ hat die Frankfurter Rundschau vor zehn Tagen getitelt.

Die Zustände sind in der Tat alarmierend. Die Sitten sind verroht.

Nur noch rund 75 Prozent aller Beschäftigten sind fest angestellt, haben eine sozialversicherte, unbefristete Vollzeitbeschäftigung. Tendenz weiter sinkend, denn mehr als drei Viertel des Beschäftigungszuwachses in 2009 und 2010 sind auf sogenannte atypische Beschäftigungsverhältnisse zurückzuführen.

Auf Beschäftigungsverhältnisse, die nicht als normal gelten dürfen, aber immer mehr zur Norm werden.

Weit über 900.000 Menschen verdienen aktuell mit Leiharbeit ihren Lebensunterhalt. Wenn's dazu überhaupt reicht.

Denn die Verdienste in der Leiharbeit liegen um bis zu 60 Prozent niedriger als bei Beschäftigten in Normalarbeitsverhältnissen.

Fast drei Millionen Menschen sind in Deutschland nur befristet beschäftigt. Ihre Zahl wächst täglich. Denn 45 Prozent aller Neuverträge sind befristet.

7,5 Millionen Menschen arbeiten in Minijobs. Meist zu Löhnen, die zum Leben nicht reichen. Altersarmut ist bei den meisten vorprogrammiert.



Durch diese Entwicklung am Arbeitsmarkt wird der Niedriglohnsektor immer größer. Immer weniger Menschen können von dem leben, was sie verdienen.

Viele müssen aufstocken. Auf diese Weise subventionieren wir alle mit unseren Steuergeldern die Billiglohnstrategie der Unternehmen.

Ein Skandal, Kolleginnen und Kollegen! Statt für Schulen oder Kindergärten, statt für Bildung oder Betreuung zahlen wir Steuern, damit Unternehmen Menschen zu Billiglöhnen beschäftigen können.

Das muss aufhören!

Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können. Sie brauchen für sich und ihre Familien genau das, was Arbeitgeber immer für sich beanspruchen:

Sie brauchen Planungssicherheit. Junge Menschen, die besonders von prekärer Beschäftigung betroffen sind, brauchen Perspektiven und Zukunft.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, fordert die IG Metall, fordern wir in unserer Tarifrunde Regelungen zur unbefristeten Übernahme aller Ausgebildeten.

Deshalb fordern wir eine faire Bezahlung der Leiharbeit. Und wir fordern für unsere Betriebsräte mehr Mitbestimmung bei der Leiharbeit, damit sie den Missbrauch stoppen können.

Die Schwarz-Gelbe Regierung in Berlin tut ja nichts, um diese Missstände zu beheben,

deshalb müssen wir tarifliche Regelung haben.

Und was machen die Arbeitgeber? Sie sagen Nein zu diesen Forderungen. Sie blockieren.

Wenn überhaupt soll ein Tarifvertrag für die Branchenzuschläge nicht für alle, und erst nach drei Monaten Einsatz ab kommenden Jahr gelten.

Und das ganze Tarifwerk soll erst nächstes Jahr in Kraft treten.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

das akzeptieren wir nicht. Wir wollen den vollen Satz von Anfang an. Für alle! Und wir wollen, dass eine Regelung nicht erst nächstes Jahr gilt, sondern sofort.

Man braucht doch nicht viel Fantasie, um sich vorzustellen, was sonst passieren würde.

Wir kennen doch die Pappenheimer auf Arbeitgeberseite. Dann setzen Verleiher und Entleiher ein Karussell in Gang, bei dem Leihbeschäftigte immer kurz vor Erreichen des Branchenzuschlags rausfliegen.

Mit Leiharbeit sollten Unternehmen vorübergehende Auftragsspitzen oder Ausfälle beim Personal ausgleichen, wenn Leiharbeit fair bezahlt wird, Und die Leiharbeitenden in den Betrieben gleich gestellt sind, und nach drei Monaten als Stammbeschäftigte übernommen werden, haben wir nichts dagegen.

Wir haben aber was dagegen, wenn aus Leiharbeit Dauereinsätze werden, um Stammbeschäftigte zu ersetzen.



Deshalb wollen wir mehr Mitbestimmung. Aber das lehnen die Metall-Arbeitgeber mit aller Schärfe ab. Sie wollen die Herren im Hause bleiben.

Dieselben Betriebsräte, die mit ihrem Einsatz in der Krise dafür gesorgt haben, dass die Unternehmen Beschäftigung erhalten und nach der Krise den Aufstieg und Gewinne ermöglicht haben aber bei der Leiharbeit nicht mitreden sollen..

Nach dem Motto:

Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Das lassen wir uns nicht bieten.

Der Missbrauch der Leiharbeit muss aufhören. Das geht nur, wenn unsere Betriebsräte ihn stoppen können.

Aber diese Provokation ist es nicht allein. Die Arbeitgeber bieten nicht nur nichts an bei der Leiharbeit, sie verlangen außerdem noch einen Ausgleich dafür, dass sie nichts anbieten.

Ja, Kolleginnen und Kollegen, die Arbeitgeber wollen tatsächlich eine Verteuerung der Leiharbeit durch Branchenzuschläge auf eine Tarifierhöhung anrechnen.

Die Beschäftigten sollen dafür zahlen, dass sie Lohndumping beenden müssen.

Unverschämter geht's nicht, denkt Ihr?

Oh doch, die Arbeitgeber haben auch noch Gegenforderungen auf den Tisch gepackt.

- Die 40 Stunden Woche

- Und sie wollen die Befristungsmöglichkeiten von zwei auf drei Jahre ausweiten.

Diese knallharten Gegenforderungen nach längeren Arbeitszeiten und längerer prekärer Beschäftigung lösen nur Empörung und Wut aus.

Die Arbeitgeber werden das in dieser und der nächsten Woche zu spüren bekommen, und zwar kräftig zu spüren bekommen.

Und dann ist da noch unsere Forderung nach unbefristeter Übernahme der Ausgebildeten.

Auch hierzu haben die Metall-Arbeitgeber nichts angeboten.

Im Gegenteil: Sie haben diese Forderung als Zwangsübernahme diffamiert.

Wieder ist es ihre Herr-im-Hause-Ideologie, die hier durchschimmert. Sie wollen allein bestimmen, wen sie wann übernehmen und wen nicht.

Drei Viertel aller Ausgebildeten werden heute nur befristet übernommen.

Die Arbeitgeber jedoch behaupten, sie würden schon heute fast alle unbefristet übernehmen.

Woher kommen denn dann Zahlen, dass heute über 50 Prozent der befristet Beschäftigten zwischen 15 und 35 Jahre alt sind?

Da stimmt doch was nicht, Kolleginnen und Kollegen.

Das ist doch kein Zufall. Um diese falschen Behauptungen zu entlarven, muss man nur eins und eins zusammenzählen.

**Wir lassen uns doch nicht für dumm verkaufen.**

**Und woher kommen die Klagen über schon vorhandenen oder drohenden Fachkräftemangel? Ich sage es euch, Kolleginnen und Kollegen:**

**Die kommen von denselben Arbeitgebern, die sowohl zu wenig ausbilden als auch vielen Ausgebildeten die Übernahme verweigern.**

**Das ist doch wirklich schizophren:**

**Fachkräftebedarf anmelden und nichts dafür tun, dass Fachkräfte nachwachsen.**

**Die Ausbildung muss attraktiver werden.**

**Das ist bei zurückgehenden Schulabgängerzahlen mit Blick auf künftigen oder bereits vorhandenen Fachkräftebedarf dringend erforderlich.**

**Die unbefristete Übernahme eröffnet jungen Menschen Chancen und Perspektiven, die viele zurzeit nicht haben.**

**Sie können ihr Leben besser planen, können an eine eigene Familie und Kinder denken.**

**Auch für die Forderung nach unbefristeter Übernahme machen wir Dampf und Druck, und noch mal Druck.**

**Die IG Metall will alle ihre Forderungen über die Ziellinie bringen. Das müssen die Arbeitgeber endlich begreifen.**

**Dafür bleibt ihnen allerdings nicht mehr viel Zeit!**



**Wir haben lange vor dem Beginn der eigentlichen Tarifrunde in Sondierungsgesprächen Lösungen für unsere qualitativen Forderungen suchen wollen.**

**Dieses Angebot haben die Arbeitgeber mit einer Totalblockade beantwortet.**

**Jetzt werden wir nicht mehr lange fackeln, Kolleginnen und Kollegen. Jetzt sind wir dran!**

**Aus welchen Branchen und Gewerkschaften wir auch immer kommen!**

**Wir haben es satt, uns für das deutsche Beschäftigungswunder in und nach der Krise loben zu lassen, unseren Anteil an den dadurch ermöglichten Gewinnen aber verweigert zu bekommen.**

**Wir wollen mehr und fair!**

**Wir haben's verdient!**

**Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,**

**für unseren Maifeiertag hat der DGB in diesem Jahr das zentrale Motto ausgegeben: Gute Arbeit für Europa – gerechte Löhne, soziale Sicherheit.**

**Davon sind 10.000 Schlecker-Beschäftigte weit entfernt.**

**Weil die schwarz-gelbe Regierung nicht bereit war, eine Transfergesellschaft zur Qualifizierung und Vermittlung in den Arbeitsmarkt mit zu finanzieren.**

**Davon sind vor allem Frauen betroffen, die jetzt vor dem Aus stehen.**

Auch hier in der Gegend sind mehr als 100 Betroffene, für die sich viele in dieser Stadt eingesetzt haben.

Nun sollen Schlecker-Beschäftigte in die Röhre gucken.

Vielen von Ihnen bleibt prekäre Arbeit in Mini-Jobs oder Leiharbeit übrig, weil CDU/FDP eine Transfergesellschaft verhindert haben.

Mehr als 170 ehemals bei Schlecker beschäftigte haben eine Kündigungsschutzklage erhoben. Unsere Solidarität ist mit ihnen.

Wer für die Banken und Versicherungen 100te Milliarden zur Verfügung stellt und den Schlecker Frauen und Männern nicht hilft, zeigt, für wen die schwarz-gelbe Regierung Politik macht.

Sie machen Politik für die Mächtigen und die Schwachen lassen sie links liegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Politik muss die Quittung bei den Wahlen in NRW und Schleswig-Holstein bekommen.

Und im kommenden Jahr bei der Bundestagswahl, damit eine andere Politik möglich wird.

Nun zu Europa!

Ja, Kolleginnen und Kollegen, Europa ist schön, dafür lohnt es sich, sich zu engagieren.

Wir alle kriegen durch die Berichterstattung mit, was europäische Politik aktuell für die Griechen bedeutet.

Not, Leid und Elend für ganz viele Menschen. Verordnet von einer Politik, die statt der Krisenursachen die Menschen bekämpft.

**In Portugal, Spanien, Italien oder Irland sieht es nicht viel besser aus.**

**Überall müssen vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner, Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen auslöffeln, was uns skrupellose Finanzjongleure eingebrockt haben.**

**Auch in Deutschland.**

**Statt den Casino-Kapitalisten das Handwerk zu legen, statt ihnen ihre Pumpen zum Aufblasen von Spekulations- und anderen Blasen aus der Hand zu schlagen, beugt sich die Politik dem Druck dieser Zocker.**

**Statt selbst das Heft in die Hand zu nehmen, lässt sich die Politik von den Finanzmärkten, von Rating-Agenturen und ihren zweifelhaften Bonitätseinstufungen treiben und lenken.**

**IWF, ESM, EU-Kommission und vor allem unsere Bundesregierung, sie sind heute das größte Risiko für ein einiges Europa.**

**Mit ihren Spardiktaten verschärfen sie in den Krisenländern die Krise. Und: Sie machen aus einer Krise der Wirtschaft eine Krise der Demokratie.**

**Mit Einschränkungen von Arbeitnehmerrechten und der Tarifautonomie, mit Sozialabbau und dem Abbau rechtstaatlicher Errungenschaften, kurzum: mit neoliberaler Politik ist kein Staat zu machen.**

**Auch kein Staatenbund.**



**Die neoliberale Politik der Deregulierung ist eine der großen Krisenursachen.**

**Jetzt die Krise mit neoliberaler Politik bekämpfen zu wollen, das ist so als wollte die Feuerwehr das Feuer mit Benzin löschen.**

**Das macht alles nur noch schlimmer.**

**Das schürt das Feuer statt es zu löschen, Kolleginnen und Kollegen.**

**Wenn in Griechenland und Italien demokratisch nicht legitimierte Eliten die Regierung übernehmen, wenn in Spanien die konservative Regierung Kritiker ihrer Sparpolitik in Funk, Fernsehen und Presse unter Druck setzt, wenn diese mundtot gemacht werden, wenn die ungarische Regierung Presse- und Meinungsfreiheit beschränkt und wenn die Finanzwelt auf den ersten Durchgang der französischen Präsidentschaftswahlen mit dem sozialistischen Kandidaten Hollande auf dem ersten Platz mit Alarmrufen reagiert, dann ist das Alarmstufe Rot für die Demokratie in Europa.**

**Wir wollen ein soziales Europa. Wir wollen ein demokratisches Europa.**

**Dazu muss, wie der französische Präsidentschaftsbewerber Hollande es angekündigt hat, zu allererst der sogenannte Fiskalpakt vom Tisch.**

**Weil dieser Pakt, der das Kaputtsparen in Krisenländern zum Prinzip erhebt, Armut und Elend für Europa und für uns bedeutet.**

**So, wie er jetzt konstruiert und vom Europäischen Rat beschlossen worden ist, hat dieser Fiskalpakt null demokratische Legitimation**

England und Tschechien wollen sich bekanntlich dem Fiskalpakt nicht anschließen.

Das Europa-Parlament war von Anfang an nicht beteiligt und soll auch nicht beteiligt werden.

Zwar werden die nationalen Parlamente für die Zustimmung gebraucht, aber wenn sie einmal zugestimmt haben, haben sie sich gewissermaßen selbst entmachtet.

Ist der Pakt in Kraft, kann er nur dann aufgelöst werden, wenn alle beteiligten Regierungen dies einvernehmlich wollen.

Die Parlamente können da gar nichts mehr machen.

Weder das europäische, noch die nationalen Parlamente.

Das hat mit Demokratie so viel zu tun wie Diebstahl mit Stahl, nämlich gar nichts, Kolleginnen und Kollegen.

Erst recht undemokratisch ist es, dass Wählerinnen und Wähler mit ihren Wahlentscheidungen keine Veränderungen bewirken können. Das ist Entmündigung.

Ich finde es deshalb richtig, dass die frühere Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin von der SPD und die Fraktion die Linke eine Verfassungsklage für den Fall angekündigt haben, dass der Bundestag den Fiskalpakt ratifiziert.

Eine solche Klage wäre nicht anti-europäisch, Kolleginnen und Kollegen. Das wäre vielmehr im Interesse eines demokratischen Europas, und deshalb richtig.

Aber auch im Sinne eines sozialen Europas wäre es richtig, wenn der Fiskalpakt, so wie er jetzt gestrickt ist, auf dem Müllhaufen

landet. Kaputtsparen, mit Spardiktaten Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte schleifen, das sind völlig untaugliche, ja höchst schädliche Rezepte, sowohl für die Krisenländer als auch für ganz Europa.

Was wir außer Konsolidierungsprogrammen brauchen, sind Aufbauprogramme in den Krisenländern. Länder wie Griechenland oder Portugal brauchen einen Aufbauplan, um neue Industrien aufzubauen und mit mehr Export die Handelsungleichgewichte einebnen zu können.

Ja, aber wer soll das denn bezahlen, werden wir dann meist gefragt. Die Antwort ist einfach. Zuerst mal diejenigen, die mit ihrer Zockerei die Krise verursacht haben.

Die Transaktionssteuer muss endlich her, Kolleginnen und Kollegen.

Dann müssen diejenigen zur Kasse gebeten werden, die den Zockern das Geld zum Zocken gegeben haben, statt es zu investieren.

Die Reichen und Vermögenden müssen endlich mehr Steuern zahlen, Kolleginnen und Kollegen.

Europa macht eine solidarische Politik erforderlich, wenn die Ungleichgewichte zwischen Export und Import als eine Ursache der Eurokrise beseitigt werden sollen.

Dann muss eine europäische, solidarische Wirtschafts- und Finanzpolitik stattfinden.

Solidarität heißt:



Die Starken stehen für die Schwachen ein. Genau das fordern wir. Genau deshalb müssen die Regierungen in Europa, muss vor allem die Bundesregierung, muss auch die EZB ihren Kurs in der Anleihepolitik ändern.

Deutschland kann nicht länger mehr als die Hälfte seiner Exporte in Ländern der EU absetzen, die Euros von den Abnehmerländern einsacken, sich über die Überschüsse freuen und dann deren Defizite kritisieren.

Hier muss Ausgleich geschaffen werden.

Auch Eurobonds können dafür ein wichtiges Instrument sein.

Sonst wird es nie was mit der europäischen Einheit.

Sonst wird erst die wirtschaftliche und soziale Spaltung zwischen den Staaten und dann die Spaltung der Menschen vorangetrieben.

Das darf nicht passieren, Kolleginnen und Kollegen.

Dafür ist die europäische Idee zu wertvoll.

Dafür ist die Vergangenheit mit Hass und Kriegen zu schmerzvoll.

Nie wieder Krieg, in Europa nicht und nirgendwo. Auch an diese gewerkschaftliche Haltung möchte ich erinnern.

Die Krisenherde und Kriegsgefahren auf unserer Erde sind in den letzten Jahren mehr geworden.

Deutlich mehr. insbesondere im Nahen und Mittleren Osten wird aufgerüstet, was das Zeug hält.

Deutsche Rüstungshersteller exportieren mehr in diese und andere Regionen als je zuvor.

Deutschland hält nach wie vor einen unrühmlichen dritten Platz unter den Rüstungsexportländern.

In unserem Land sind die Rüstungsausgaben rückläufig. Das ist gut so. Hauptgrund ist die Verkleinerung der Bundeswehr.

Aber das kann dann nicht beruhigend sein, wenn die Rüstungshersteller zum Ausgleich dafür mehr exportieren.

Nein, Kolleginnen und Kollegen, ich finde es alles andere als beruhigend, wenn im Libyen-Krieg Lager mit Waffen aus deutscher Produktion entdeckt werden.

Ich finde es auch beunruhigend, wenn Saudi-Arabien und andere Golfstaaten sich mit Waffen und anderem Kriegsgerät aus deutscher Produktion eindecken.

Genauso beunruhigt es mich, wenn Israel jetzt ein U-Boot aus deutscher Produktion bekommt, das das Militär mit Atomraketen bestücken kann.

In dieser Großregion gibt es gleich mehrere Pulverfässer.

Sowohl was die inneren Konflikte, insbesondere in arabischen Ländern, als auch was die zwischenstaatlichen Konflikte angeht. Waffenlieferungen dorthin können die Zündfunken sein, die diese Pulverfässer zur Explosion bringen.

Dafür dürfen wir nicht die Handlager sein, Kolleginnen und Kollegen. Dafür sollten auch andere Staaten keine Handlanger sein.

Wir wollen Frieden. Konflikte müssen friedlich gelöst werden. Beteiligte müssen an einen Tisch gebracht werden. So, wie es die

UNO derzeit in Syrien versucht, so sollte es die Internationale Staatengemeinschaft überall versuchen.

Im israelisch-iranischen Konflikt, im israelisch-palästinensischen, im nigerianischen, in jedem Konflikt auf dieser Welt.

Strategische Interessen von Großmächten, der ungehinderte Zugang zu Rohstoffen, all das spielt immer eine Rolle in diesen Konflikten. Überall wird auch dafür Partei ergriffen.

Die UNO darf sich nicht vor den Karren von Parteien spannen lassen. Ihre Mission muss immer und überall eine Friedensmission sein.

Die Nato muss aus dem Afghanistankrieg lernen, dass Gewalt nur neue Gewalt hervorbringt.

Die Nato-Truppen müssen raus aus Afghanistan, auch die Bundeswehr.

Es darf keine internationalen Kriegseinsätze der Bundeswehr mehr geben.

Auch die Erfahrungen im jüngsten Kriegseinsatz in Libyen sollten der UNO und der Nato eine Lehre sein. Kriege sind keine humanitären Einsätze.

Sie lassen sich auch nicht mit humanitären Gründen rechtfertigen.

Kriege sind selbst dann nicht gerecht, wenn eine Partei für eine gerechte Sache kämpft.

Kriege töten. In Libyen sind über 50.000 Menschen Opfer des Krieges geworden.



**Ich denke, dass keines dieser Opfer von seinen Vätern, Müttern oder Kindern als gerecht betrachtet wird.**

**Rüstung tötet, auch im Frieden. Deshalb sollten wir ab- und umrüsten.**

**In der Bekämpfung des weltweiten Hungers gibt's genug zu tun. Allein die 6,7 Milliarden Dollar, die die USA im Afghanistan-Krieg monatlich verpulvern, würden ausreichen, alle Hungernden dieser Erde satt zu machen.**

**Bei uns in Deutschland gibt es etwa in der Bildung oder in Sachen Energiewende genug zu tun.**

**Und es gibt leider auch immer noch genug zu tun, um die Atompolitik und ihre Folgen zu beherrschen.**

**Etliche Atommeiler sind immer noch am Netz. Erst 2022 soll der letzte abgeschaltet werden.**

**Bis dahin wird weiter Atommüll produziert. Und der muss irgendwie entsorgt werden. Was das für die Menschen bedeutet, das wisst Ihr zu gut.**

**Asse ist undicht. Wer was anderes behauptet, der ist nicht ganz dicht.**

**Aus dem ehemaligen Salzbergwerk tritt radioaktiv verseuchtes Wasser aus.**

**Was angebliche Experten für unmöglich hielten ist eingetreten, oder besser: ausgetreten.**

Hier rächt sich bitter, dass das angeblich für Forschungszwecke genutzte Bergwerk von der Atomindustrie als billiges Endlager missbraucht worden ist.

Ich fordere:

Die 126.000 Fässer müssen raus da. Schnellstmöglich. Sie verrotten bereits. Wir wollen keine Zeitbombe, die noch hunderte, ja tausende von Jahren unter uns und unseren Nachfahren tickt.

Wir wollen auch keine solche Zeitbombe im Schacht Konrad in Salzgitter.

Der radioaktive Abfall muss in stabilen geologischen Formationen vergraben werden.

Deshalb wollen wir auch kein Endlager in Gorleben. Der Salzstock ist geologisch genauso wenig geeignet wie Asse. Ich frage mich: Was gibt es da eigentlich noch zu erkunden?

Warum nimmt Bundesumweltminister Röttgen, warum nimmt diese Bundesregierung Gorleben als Referenzstandort in das Endlager-Suchgesetz auf?

Gorleben ist als Standort für die Entsorgung von Atommüll tot, mausetot. Gorleben muss leben!

Das haben die Proteste vor drei Tagen im Wendland eindrucksvoll unterstrichen.

Sie haben, wie es die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg formuliert hat, „der tödlichen Bedrohung lebendigen Widerstandsgeist entgegengebracht“.

Heute, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird an etlichen Orten unserer Republik einer ganz anderen, ebenfalls tödlichen Bedrohung lebendiger Widerstandsgeist entgegengebracht.

Ich rede von den Nazis, von ihren Aufmärschen, zu denen die Nazis den 1. Mai, unseren Feiertag, missbrauchen.

In Hof, Bautzen, Weimar, Wittstock, Neubrandenburg, Mannheim, Neumünster, Bonn – über die ganze Republik verteilt, wollen die Nazis heute ihre dumpfen Parolen und ihre rassistische Gesinnung auf die Straßen und Plätze tragen.

Mit vordergründig antikapitalistischen Sprüchen wollen sie für ihre menschenfeindliche Ideologie werben.

In Hof heißt ihr Motto: „Zeitarbeit abschaffen – Soziale Ausbeutung stoppen“.

Das ist mehr als zynisch. Dieselben Nazis, die hier soziales Engagement vortäuschen, ziehen gegen hier lebende Migranten zu Felde, greifen sie an.

Dabei sind gerade Menschen mit Migrationshintergrund von prekärer Beschäftigung besonders betroffen.

Die Morde der sogenannten NSU an Einwanderern türkischer und griechischer Herkunft, die sich in Deutschland als Kleinselbstständige eine bescheidene Existenz aufgebaut haben, sie sind der grausame Beleg für die tödliche Gefahr, die in unserem Land von den Nazis ausgeht.

Faschismus ist keine Meinung, Faschismus ist ein Verbrechen. Die NPD gehört deshalb verboten, Kolleginnen und Kollegen. Kein Fußbreit den Faschisten und Rassisten. Nirgendwo.



**Ich hoffe inständig, dass die vielfältigen Aktionen von breiten Bündnissen aus Demokraten und Antifaschisten gegen diese nicht zu tolerierende Beschlagnahme unseres 1. Mai überall Erfolg haben.**

**Überall haben auch die Gewerkschaften dazu aufgerufen, sich den Nazis in den Weg zu stellen.**

**Wie richtig und wichtig das ist, wissen wir aus unserer Geschichte. Der Schwur der Überlebenden des KZ Buchenwald „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“ ist unsere Verpflichtung.**

**Überall müssen die Aufmärsche der Nazis gestoppt werden, wenn unsere Gerichte schon den Feinden der Demokratie das demokratische Recht auf Demonstration zugestehen.**

**Mit einem Verbot der NPD hätten es auch die Richter leichter. Dann könnten sie deren Aufmärsche immer verbieten.**

**Aber noch ist die NPD legal deshalb**

**Müssen wir, so oft wie möglich, uns gegen Aufmärsche der Nazis stellen.**

**Euer Bündnis hier in Alzey „Bunt statt braun“ gegen die Aufmärsche der Nazis ist ein gutes Beispiel.**

**In den letzten Jahren habt ihr des öfteren mit euren Aktivitäten gezeigt, wie man sich aktiv gegen Nazis stellen kann.**

**Vielen Dank an euch Alle.**

**Die Gewerkschaften haben eine lange und stolze antifaschistische Tradition.**

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

mit einem Verbot verschwinden natürlich nicht die Menschen, die die rassistische und antisemitische Ideologie verinnerlicht haben.

Aber ich möchte nicht, dass meine Steuergelder legal den rechtsextremen Parteien zur Verbreitung ihrer Ideologie zur Verfügung gestellt werden.

Über ein Verbot hinaus muss in der Kinder- und Jugendarbeit, in der Schulbildung, aber auch in der Erwachsenenbildung zusätzliches passieren:

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Eine zukunftsorientierte Integrationspolitik, die den Menschen in den Vordergrund stellt und die Vielfalt als Reichtum sieht, die Gleichstellung vorantreibt, ist auch eine Politik gegen Rechtsextremismus.

Davon sind wir noch weit entfernt.

Denn:

Laut Integrationsbericht der Bundesregierung von Januar haben viele Menschen mit Migrationshintergrund auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt häufig das Nachsehen.

Sie erhalten in den letzten Jahren nur noch Prekäre Jobs.

Immer noch brechen zu viele Migrantenkinder die Schule ab.

Fast die Hälfte aller Migrantenkinder werden mit der Hauptschule abgespeist.

**Eine Schule, die alle zum Erfolg führt, ist zwingende Voraussetzung für die Integration und für unseren ökonomischen Erfolg und Innovation.**

**Eine Bildungsreform muss auf dem Weg gebracht werden.**

**Wir als Gewerkschafter sollten darüber informieren und auch dafür werben, dass Jugendlichen mit Migrationshintergrund mehr Chancen bei Bewerbungen eingeräumt werden.**

**Dafür können wir vor Ort und insbesondere in den betrieblichen Gremien werben.**

**Wer Integration will, muss es nicht fordern, sondern selber dazu beitragen.**

**Die Gewerkschaften haben sich von Anfang an für die Gleichbehandlung aller, egal welcher Abstammung, eingesetzt. Deshalb ist die Integration in Betrieben mit einem Betriebsrat und Tarifbindung viel weiter als die gesellschaftliche Integrationspolitik.**

**Gut ist, dass es mittlerweile in einigen Bundesländern gute Ansätze zur Integrationspolitik gibt.**

**Als Beispiel dient die Initiative des Berliner Senats „Berlin braucht dich“, die auch von den Gewerkschaften unterstützt wird.**

**Dass diese Kampagne, die auf Partizipation setzt, der richtige Weg ist, zeigen die Ergebnisse:**

**Der Anteil von Auszubildenden mit Migrationshintergrund konnte innerhalb von vier Jahren vervielfacht werden und beträgt nun annähernd 20%.**



Im Jahr 2009 wurde die Kampagne auch auf die Berliner Landesbetriebe ausgeweitet.

Dadurch soll sich der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst und bei den Landesbetrieben bis zum Jahr 2013 auf 25% erhöhen. Damit wird Berlin interkulturell vielfältiger.

Wir begrüßen solche Ansätze.

Vielfalt fördern, Zusammenhalt stärken, beides gehört zu einer zukunftsfähigen Integrationspolitik.

Erfolgreiche Integrationspolitik erschöpft sich nicht in einer aktiveren Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik.

Zum Fundament eines lebendigen, demokratischen Gemeinwesens gehören außerdem Bürger, gleich welcher Herkunft, die an den Entscheidungen, die sie betreffen, partizipieren. Wahlrecht ist Menschenrecht - Deshalb ist das kommunale Wahlrecht als erster Schritt einzuführen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Deutschland braucht eine zeitgemäße Migrationspolitik,

Für die sich die Gewerkschaften seit Jahrzehnten einsetzen.

Die Bundesregierung redet ja seit geraumer Zeit viel über Integration.

Sie möchte die Zuwanderung der Besten, deren Potenziale nutzen. All das geschieht mit Blick auf die deutsche Wirtschaft.

Das ist Nützlichkeits-Rassismus.

Wenn man beim Thema Integration die Menschen vor Augen hat, um die es geht, kann man nicht sagen dass die Integrationspolitik der Bundesregierung erfolgreich ist.

Wenn wir aber nicht endlich handeln, werden wir in 20, 30 Jahren in diesem Land vor Problem stehen die keiner gewollt hat

Deshalb muss sich Politik ändern. Aber auch die Gewerkschaften müssen der Migrationspolitik mehr Gewicht verleihen, damit sie interkultureller und vielfältiger werden.

Lasst uns auch in den kommenden Jahren gemeinsam weiterhin dafür streiten.

ich habe es eingangs gesagt: Der 1. Mai ist unser Tag. Er ist unser Kampftag für Arbeit und soziale Gerechtigkeit – in Alzey, in Deutschland, in der ganzen Welt.

Ich rufe Euch zu: Es kämpft sich nicht schlecht für Freiheit und Recht. Und es feiert sich gut für Kampfkraft und Mut.

Wir werden beides besonders in diesen Tagen und Wochen brauchen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Glückauf